I. Original-Artikel.

(Nachdruck verboten.)

Die „Bayerische Waldversicherung“. ¹⁾

Von Prof. Dr. Endres in München.

Auf Anregung und Beteiligung des Bayerischen Waldbesitzerverbandes ist im Juni 1920 der Verband „Bayerische Waldversicherung“ gegründet worden. Der Zweck und technische Aufbau dieses Unternehmens enthält so grundlegende Neuerungen, daß damit dem Gedanken der Waldversicherung neue Wege geebnet werden und, falls sie sich bewähren, die Schwierigkeiten, die sich bis jetzt der Waldbrandversicherung entgegengestellt haben, in der Hauptsache als beseitigt gelten können.

Vorläufig wird sich die Versicherung nur auf den durch Waldbrände verursachten Schaden erstrecken. Da aber erwogen wird, ob das Unternehmen nicht auch andere Schädigungen des Waldes, wie durch Wind, Schnee, Insekten usw., in sein Bereich einbeziehen könnte, hat man die weitergehende Bezeichnung „Waldversicherung“ gewählt.

1. Träger der Versicherung.

Träger der Versicherung ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Namen Verband „Bayerische Waldversicherung“. ²⁾ Das Unternehmen stellt eine Versicherung auf Gegenseitigkeit vor, aber die Mitglieder sind nicht Einzelpersonen, sondern Einzelverbände. Der Geschäftsbereich erstreckt sich nur auf die Waldungen Bayerns.

Als Versicherungsnehmer kommen in erster Linie die Gemeinde und andere juristische Personen des öffentlichen Rechts, dann gemeinnützige Vereine und Anstalten mit ihrem Waldbesitz in Betracht. In diesen Fällen können auch die Privatwaldbesitzer, die diesen Körperschaften,

---

¹⁾ Nach einem in der Sitzung des Reichsforstwirtschaftsrates am 15. September 1920 in München gehaltenen Vortrag

²⁾ Die Satzungen sind auf Seite 36 ff. dieses Heftes abgedruckt.

Bereinen usw. angehören, durch dieselben in die Versicherung mit aufgenommen werden. Haben diese Körperschaften usw. selbst keinen Wald, so können sie trotzdem in den Verband der Waldversicherung eintreten, um für jene in ihrem Bereich liegenden Privatwaldungen, welche die Besitzer versichern lassen wollen, als Treuhänder die Versicherung zu vermitteln.

Es kann sich also kein Privatwaldbesitzer privatim bei der Versicherung anmelden, sondern er muß sich immer der Vermittlung einer Körperschaft oder eines Verbandes bedienen.

Außer den Gemeinden, Stiftungen und sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts sind als Vermittler besonders ausersehen der bayerische Waldbesitzerverband, forstliche Vereine und Genossenschaften aller Art, die landwirtschaftlichen Berufsvertretungen und Genossenschaften usw. Es ist aber nicht erforderlich, daß diese Verbände mit dem ganzen Waldbesitz ihrer einzelnen Mitglieder eintreten.

Gehört ein Waldbesitzer keinem Verbands- oder Verein an und ist die Gemeinde, in deren Bezirk sein Wald liegt, deswegen nicht Mitglied der Waldversicherung, weil sie entweder selbst keinen Wald besitzt oder den Wald, den sie besitzt, nicht versichern lassen will, so muß er die Gemeinde bestimmen, daß sie um seinetwillen der Waldversicherung beiträgt, um für ihn die Versicherung zu nehmen. Die Gemeinde geht die Versicherung „für fremde Rechnung“ ein. Sie übernimmt damit aber kein Wagnis, weil die Waldversicherung ihre Rechte auch unmittelbar gegen den versicherten Waldbesitzer geltend machen kann.

Diese „Gemeindeversicherung“ ist eine bayerische Besonderheit, deren gesetzlicher Ausgangspunkt merkwürdigerweise in dem „Gemeindebeamtengesetz“ vom 15. Juli 1916 liegt. Um die Lasten für die Versorgung der Gemeindebeamten und ihrer Hinterbliebenen unter den Gemeinden mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern und den Bezirksverbänden (Distrikten) auszugleichen, wurde für dieselben ein „Versorgungsverband“ errichtet. Die Verwaltung und Vertretung desselben obliegt der bayerischen Versicherungskammer, d. i. eine staatliche Behörde, die die staatlich geleiteten und bemuterten Versicherungszweige der Gebäudebrandversicherung, Hagel-, Vieh-, Pferdeversicherung und Wehrversicherung unter sich hat. Der genannte Versorgungsverband war die Veranlassung, in der Versicherungskammer eine weitere Abteilung, nämlich die „Abteilung für Gemeindeversicherung“ zu errichten mit der Weiterung, daß die Versicherungskammer „auch andere gemeindliche Versicherungsverbände in ihre Verwaltung nehmen kann; die Teilnahme an solchen Verbänden ist den Gemeinden freigegeben, andere juristische Personen des

öffentlichen Rechts, gemeinnützige Vereine und Anstalten können zur Teilnahme zugelassen werden“. (Artikel 24.)

Auf diesem Wege kann mithin jede Gemeinde für ihre Privatwaldbesitzer die Waldbrandversicherung eingehen.

Durch die Fundierung der Versicherung auf die körperschaftlichen Persönlichkeiten soll die Gewähr für die Solidität und Liquidität des Unternehmens besser erreicht werden als durch den unmittelbaren Zusammenschluß der waldbesitzenden Privatpersonen. Indem zwischen sie und die Versicherungsanstalt die Körperschaft (Verband, Verein) als Treuhänderin eingeschoben wird, wird — so darf man wenigstens hoffen — dem Unternehmen ein gewisses Maß von Stetigkeit und Werbetraut verliehen.

Der Verband „Bayerische Waldversicherung“ wird von der Versicherungskammer, Abteilung für Waldversicherung, verwaltet. Die Aufsicht auf die Verwaltung führt das Staatsministerium des Innern im Benehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen, Ministerialforstabteilung.

Vorstand des Verbandes ist die Versicherungskammer. Sie vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich und verwaltet ihn im Benehmen mit der Mitgliedervertretung, genannt Landesausschuß. Dieser besteht aus acht Mitgliedern, d. i. je ein Mitglied für jeden Regierungsbezirk. Die Wahl erfolgt schriftlich durch die Verbandsglieder. Beschwerden werden durch ein Schiedsgericht entschieden. Es gibt also keine Mitgliederversammlung oder Generalversammlung. Diese Organisation ist durch den erwähnten Artikel 24 des Gemeindebeamtengesetzes von 1916 vorgezeichnet.

Durch diese Organisation werden die Verwaltungskosten sehr erheblich herabgesetzt und die versicherungstechnischen Erfahrungen der Versicherungskammer der Waldbrandversicherung im weitgehendsten Maße dienstbar gemacht.

2. Die Versicherungsgrundlagen.

Die technischen Versicherungsgrundlagen beruhen auf ganz neuen Gesichtspunkten.

Der Umfang der Versicherung erstreckt sich auf den ganzen bayerischen Waldbesitz des Versicherten, also auch auf die alten Holzbestände. Der Versicherungsgeber nimmt somit auch die guten Risiken für sich in Anspruch.

Die Grundlage für die Prämienberechnung bildet die Fläche (Hektarzahl) ohne Rücksicht auf Alter und Art der Bestockung,

der Schaden wird dagegen nach dem Werte des vernichteten oder beschädigten Holzes vergütet. Die Versicherung arbeitet also mit zwei inkongruenten Größen, ein Experiment, von dem man hofft, daß es glückt.

Bestimmend für den Flächenmaßstab war die Einfachheit der Erhebung der Beiträge und des Versicherungsabschlusses. Dadurch werden viele Kosten erspart. Wird ein Waldbesitz zur Versicherung angemeldet, dann genügt lediglich die Angabe der gesamten Fläche. Für die Holzart und die besonderen Umstände des Waldes interessiert sich der Versicherungsverband nur dann, wenn besondere Gefährdungsmöglichkeiten vorliegen.

Die Bezahlung der Prämien erfolgt jährlich nach dem Umlageverfahren in den Grenzen von 5—30 $\mathcal{M}$ vom Hektar. Der Betrag wird vom Landesauschuß nach Maßgabe des jährlichen Bedarfes festgesetzt. Für besonders gefährdete Wälder sind höhere Umlagen zu zahlen, aber mit abnehmenden Tariffällen (Staffelung). Der Versicherte kann sich auch freiwillig höher versichern. Aus den Umlagen werden gedeckt der Aufwand für Entschädigungen, für die Verwaltung, für die Ansammlung eines Reservefonds und dann die Fehlbeträge des Vorjahres.

Vergütet wird dem Versicherten der Schaden, der durch Feuer an den Beständen und an dem Boden, an geschlagenem Holz und an geschälter Rinde entsteht bis zu 1000 $\mathcal{M}$ je Hektar, wenn sich der Versicherungsnehmer durch Bezahlung höherer Umlagen nicht höher versichert hat. Entschädigt wird nur der verhältnismäßige Schaden, dessen Höhe nach den Regeln der Forstwissenschaft berechnet wird.

Die Begrenzung des Schadenersatzes auf den Normalsatz von 1000 $\mathcal{M}$ erfolgte in der Erwägung, daß für jüngere Bestände diese Vergütung — allerdings nach den Wertverhältnissen der Vorkriegszeit — hinter dem wirklichen Werte nicht weit zurücksteht und bei älteren Beständen immer noch verwertbares Holz übrig bleibt, insbesondere aber auch mit Rücksicht auf die Reichsstempelgebühr. Dieselbe beträgt von 3000 $\mathcal{M}$ ab 5 $\mathcal{P}$ für 1000 $\mathcal{M}$ Wert des Versicherungsobjektes und würde für eine höhere Wertversicherung die Prämie erheblich belasten. Aus diesen Gründen wurde eine Versicherung mit beschränkter Haftung gewählt.

Ein Reservefonds wird erst nach und nach angesammelt werden, — mindestens ein Schönheitsfehler des jungen Unternehmens.

3. Die Verkoppelung der Waldbrandversicherung mit der Waldbeleihung.

Eine Besonderheit des bayerischen Unternehmens bildet die Verquickung der Waldbrandversicherung mit der Waldbeleihung.

Die bayerische Waldversicherung bietet den Kreditinstituten die Hand zum Ausbau der Waldbeleihung, indem sie einen Teil der Kontrolle des Waldes und des Risikos bei Feuer Schäden übernimmt. Es handelt sich um eine Art Kompagniegeschäft zwischen beiden Institutionen und um eine Art Rückversicherung auf Gegenseitigkeit.

Die bayerische Waldversicherung übernimmt dem Hypothekengläubiger gegenüber folgende Verpflichtungen:

1. Sie haftet demselben dafür, daß der Versicherte nicht durch vertragswidrige Fällung von Bäumen oder Abfuhr von Holz den Wert der Waldung unter die beleihungsfähige Grenze mindert.

Die Frage, auf welchem Wege und mit welchen Organen diese Bürgschaft vollzogen werden soll, bleibt vorerst offen. Die Versicherungskammer wird vermutlich die Kontrollarbeit auf die vertragsschließenden Körperschaften (Gemeinden) oder Vereine (Waldbesitzerverband usw.) abzuwälzen suchen, vielleicht auch auf die staatlichen Forstorgane.

Jedenfalls handelt es sich hier um einen kühnen Schritt.

2. Im Falle eines Waldbrandschadens ist der Gläubiger unter allen Umständen gegen Verlust gesichert. Denn selbst wenn der Versicherte wegen eigenen Verschuldens usw. persönlich keinen Anspruch auf Schadenersatz hat, bleibt die Verpflichtung der Waldversicherung zur Gewährung desselben an den Hypothekengläubiger bestehen. Kündigt die Versicherungskammer dem Waldbesitzer die Versicherung, so kann der Gläubiger das Versicherungsverhältnis für seine Rechnung bis zur vollständigen Deckung seiner Forderung fortsetzen.

3. Die Entschädigung wird nur mit schriftlicher Einwilligung des Hypothekengläubigers ausbezahlt.

Die genannten Bürgschaften übernimmt die Waldversicherung nicht aus uneigennütigen Gründen. Ihr Nutzen ist folgender:

1. Der belehnte und versicherte Waldbesitzer muß sich verpflichten, an die Waldversicherung für die übernommene Haftung eine jährliche Gewährschaftsgebühr zu entrichten. Damit hat sich die Waldversicherung eine besondere Einnahmequelle geschaffen.

2. Der belehnte Waldbesitzer kann das Versicherungsverhältnis nicht lösen, wenn der Gläubiger damit nicht einverstanden ist. Andererseits leistet der Verband der Waldversicherung die Gewährschaft nur dann, wenn der Gläubiger die Beleihung von Holzbeständen in Bayern allgemein davon abhängig macht.

Mit dieser Einrichtung dürfte allen beteiligten Kreisen geholfen sein:

dem Waldbesitzer, der auch auf seine Holzbestände Kredit erhält,

dem Hypothekengläubiger, dem ein Teil der Sorge für die Sicherheit seines Guthabens abgenommen wird,
dem Verband der Waldversicherung, dem jeder beliebige Wald verschrieben wird.

Immerhin aber darf man sich nicht verschweigen, daß dieses Experiment der bayerischen Waldbrandversicherung seine „Feuerprobe“ noch zu bestehen haben wird.

Die Naturverjüngung auf den Juraböden der Oberpfalz.

Vortrag, gehalten von Oberforstmeister Seeholzer in Nienburg.¹⁾

Die Waldbilder, die wir gestern im Forstamtsbezirk Neuhaus a. Pegnitz zu besichtigen Gelegenheit hatten, werden auch einen bisherigen Gegner der Naturverjüngung überzeugen, daß diese Verjüngungsart im Jura nicht nur möglich ist, sondern auch besseres leistet als Saat und Pflanzung und daß es als unverzeihlicher Fehler bezeichnet werden darf, wenn hier die natürliche Bestandsbegründung verlassen werden wollte.

Es handelt sich im Jura nicht nur um die ungeschwächte Erhaltung der Standortsfaktoren und um die Erhaltung des gemischten Waldes mit seinen unschätzbaren Vorzügen — es handelt sich oft unmittelbar um die Erhaltung des Waldes — überhaupt. Denn von den Ödflächen, denen wir im Jura so häufig begegnen, ist nicht der kleinste Teil entstanden auf dem Wege der künstlichen Verjüngung. Nach Kahlabtrieb hat Pflanzung und Saat immer wieder infolge Trockenis und Bodenverwilderung versagt und jahrelangem Bloßliegen der Fläche ist Abschwendung, Verödung und Verkarstung gefolgt — daneben liefert ein sorgfältiger natürlicher Verjüngungsbetrieb den Beweis, daß auf denselben ungünstigen Standorten, auf flachgründigen, steilen Süd- und Westhängen, sich ein wüchsiger, geschlossener Mischbestand von Buche, Tanne, Fichte und Föhre erziehen läßt.

Wenn somit über die Verjüngungsart kein Zweifel besteht, so möchten doch über das beste Verjüngungsverfahren die Meinungen auseinander gehen. Ich erachte es nicht für meine heutige Aufgabe, die verschiedenen älteren und neueren Verjüngungsverfahren eingehend zu würdigen, glaube mich vielmehr auf das in den Jura-Staatswaldungen zur Anwendung kommende Femelschlag-Verfahren beschränken zu dürfen, wobei zu untersuchen wäre, ob das Verfahren den waldbaulichen, ökonomischen und betriebstechnischen Forderungen voll gerecht wird oder in

¹⁾ Bei einer Zusammenkunft von bayerischen Forstverwaltungsbeamten der Oberpfalz in Auerbach am 23. Sept. 1920.